



Wagner, Julius & Co., usw. Leopold, Ant. Herzl, Rudolf Mosse, Jul. Tenzer, Ludwig Hopy, Jos. Schwarz, Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: H. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 16. — Auch alle anderen renommierten Inseratbureaus in Oesterreich wie im Auslande übernehme Anordnungen für den Pester Lloyd.

Einzelne Morgenblatt in Budapest und in der Provinz 14 Heller. Abendblatt in Budapest 8 Heller, in der Provinz 10 Heller.

Redaktion und Administration: V. Maria Valéria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unpagierte Briefe werden nicht angenommen.

Nr. 133

gesprochen konservative Färbung tragen, indem sie den Kampf gegen den überstürzten Fortschritt radikaler Strömungen aufnehmen und mit allem Nachdruck führen würde. Ganz abgesehen davon jedoch, daß wir auch in den meisten der heutigen Oppositionsparteien das gleiche konservative Gepräge erkennen, also die Gefahr nicht sehen, gegen die Graf Tiska ankämpfen will, müssen wir die Frage aufwerfen, ob der Gewinn, der dem Lande aus der oppositionellen Tätigkeit des Grafen Tiska blüht, nicht aufgewogen wird durch die Verwicklungen, die sich aus der Alternative ergeben müßten, daß im Weltkriege entweder eine Minoritätsregierung die Führung der Geschäfte übernehmen muß, oder aber das Wagnis von Neuwahlen im Kriege als einziger verfassungsmäßiger Ausweg übrig bleibt. Wir haben es mit einer Krise zu tun, die nicht halb so leicht zu lösen sein wird, als sie heraufbeschworen worden ist.

Die Regierungskrise.

Die Konferenz der Partei der nationalen Arbeit.

Die Partei der nationalen Arbeit hielt heute abend unter dem Vorsitz des Grafen Karl Rhuen-Héderváry eine Konferenz ab. Der große Saal war dicht gefüllt und die anwesenden Parteimitglieder begrüßten den Grafen Stefan Tiska bei seiner Ankunft mit minutenlang wählenden begeisterten Schreien und Applaus.

Die Rede des Ministerpräsidenten.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung ergriff Ministerpräsident

Graf Stefan Tiska

das Wort und sagte:

— Meine geehrten Freunde! Da der Reichstag nicht beisammen ist, glaube ich, hier meine Pflicht erfüllen zu können, um über die Umstände und Beweggründe der Demission der Regierung zu berichten. Andererseits muß ich unter allen Umständen jene meine Pflicht erfüllen, einen Beschluß der Partei über das Vorgehen und den Standpunkt der Regierung und die zu befolgende Politik zu erbiten. (Zustimmung.) In dem allerhöchsten Handschreiben, das Se. Majestät zu Beginn des Monats April an mich gerichtet hat, wurde die Regierung angewiesen, eine ganze Serie der Volkswohlfahrtsinstitutionen, sowie einen Entwurf der die Existenzbedingungen des ungarischen Staates nicht berührenden Wahlrechtsreform vorzubereiten, einen Entwurf, in dem der Dank des Königs und der Nation für die im Kriege gebrachten großen Opfer zum Ausdruck gelangen soll.

Die Fürsorge für die Kriegsinvaliden, -witwen und -waisen.

Diesem königlichen Befehl, aber auch unserer eigenen Überzeugung und der Eingebung unseres eigenen Gewissens entsprechend, haben wir die erwähnten Aufgaben in Angriff genommen. Wir haben uns mit einer ganzen Reihe der Fragen beschäftigt, die berufen gewesen wären, dem königlichen Befehl entsprechend, den Dank des Königs und der Nation für die im Kriege gebrachten Opfer zum Ausdruck zu bringen. Ich würde Eure Geduld mißbrauchen, wenn ich im gegenwärtigen Augenblick ausführlich auf jene Entwürfe eingehen wollte, die mit der Krise nicht in engem Zusammenhange stehen. Doch will ich einen flüchtigen Blick auch auf jene Fragen werfen, die in diesem Zusammenhange aufgetaucht sind. Naturgemäß konnte die erste Aufgabe nur der Fürsorge für die unmittelbaren Opfer des Krieges, für die Invaliden, Witwen und Waisen, gelten. In dieser Hinsicht will ich mich nicht ausführlich äußern, denn die diesbezüglichen Intentionen und Pläne der Regierung sind der öffentlichen Meinung ziemlich bekannt.

Die Aktion gegen die Tuberkulosegefahr.

Mit den Maßnahmen, die wir im Interesse der Invaliden, Witwen und Waisen geplant haben, steht aber auch eine ganze Reihe der Volkswohlfahrtsverfügungen allgemeiner und dauernder Natur, namentlich auf dem Gebiete der Volkshygiene, in engem Zusammenhange. Da ist zunächst der Kampf gegen die Tuberkulose. Wir hätten die Verfügungen, die wir im Interesse unserer von der Front mit Tuberkulose heimkehrenden Söhne getroffen haben, zur Grundlage einer großangelegten, bleibenden Aktion gemacht, die es ermöglicht hätte, den Kampf gegen diese große nationale Gefahr erfolgreich aufzunehmen. Da ist ferner die Frage des Kinder-schutzes, die mit der Fürsorge der Kriegswaisen ebenfalls in engem Zusammenhange steht und auf welchem Gebiete die im Interesse der Kriegswaisen getroffenen Verfügungen ebenfalls den Kern dauernder, die öffentlichen Zustände des Landes und die Situation des Volkes in dieser Hinsicht wesentlich verbessernden Maßnahmen hätten bilden können.

Vesippolitik und Siedelung.

Eine andere wichtige Frage, die mit der Angelegenheit der Invaliden in engem Zusammenhange steht, ist die Frage der Vesippolitik. Wir, die wir uns mit dem Schicksal der Invaliden leider seit Jahren eingehend beschäftigen, sehen aus der Praxis, daß unter unseren Verhältnissen eigentlich nur einer kleinen Minderheit unserer Invaliden durch den gewerblichen Unterricht geholfen werden kann. Der größte Teil der Invaliden sehnt sich nach seiner Geburtsstätte, nach

Nahmen jener Institutionen zu erledigen, die öffentlichen Charakter tragen und alle Angestellten der Industrie und des Handels umfassen. (Zustimmung.)

Streikrecht und Gewerkschaft.

Jedoch auch in diesem Falle müssen wir den Fachgewerkschaften große Aufmerksamkeit schulden. Verehrte Freunde! Wir dürfen in den Gewerkschaften nicht einfach eine unangenehme oder ungelegene Erscheinung erblicken, die man am liebsten beseitigen würde, und die man möglichst wenig zur Geltung kommen lassen will. Im Gegenteil, wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß die industrielle Arbeiterklasse ihre gesamten Selbstregierungsfähigkeiten, ihre ganze Organisationsenergie, die wir nicht gering einschätzen dürfen, in die Gewerkschaften hineingetragen hat. (So ist's! Lebhafteste Zustimmung.) Und wir müssen infolgedessen dafür sorgen, daß wir dieser Pflanze, die natürlich auf freiem Boden gewachsen ist, die Vorbedingungen der gesunden Entwicklung geben. (So ist's! Zustimmung.) In dieser Beziehung müssen wir vor allem mit dem gegenwärtigen Zustand brechen, der dem wirtschaftlichen Kampfe — oder, nennen wir das Kind beim Namen — dem Streik gegenüber, eine Vogel-Strauß-Politik betreibt. Die Gewerkschaften haben Statuten, die behördlich zur Kenntnis genommen wurden. In diesen Statuten ist über die Vertretung der Arbeiter in der Vertretung, in den Kämpfen und Kriegen mit dem Arbeitgeber kein Wort enthalten, noch weniger ein Wort vom Streik. Dennoch sind diese Vertretungen so notwendig, ist der Streik eine so unentbehrliche, so natürliche Erscheinung des modernen wirtschaftlichen Lebens, daß niemand den Gedanken hegen kann, den Arbeitern die Organisation für den Streikfall zu verbieten, und so geschieht es dann, daß wir schweigend dulden, daß neben den Gewerkschaften, doch natürlich meist unter der Führung derselben Personen, Organisationen, die wir nicht einmal als geheim bezeichnen wollen — denn sie sind ein Geheimnis, das jedermann kennt —, daß also nicht entsprechend geregelte Organisationen zustande kommen, die ohne entsprechende Rechtsgrundlage, ohne die gehörige Öffentlichkeit und ohne die erforderliche Verantwortlichkeit ihren ungeheuer wichtigen Arbeitskreis erfüllen.

Nun, geehrte Freunde, ich glaube, daß die Fachgewerkschaften in die Situation gebracht werden müssen, daß sie die Vertretung der Arbeiter auch für den Streikfall in ihre Statuten aufnehmen können. Wir müssen das Streikrecht aus dem Grunde der völligen Unparteilichkeit des Staates regeln, und zwar im Sinne der entsprechenden Kenntnis und der Honorierung der Ansprüche des modernen wirtschaftlichen Lebens, wir müssen das Streikrecht so organisieren, daß wir dem Arbeiter bei Erfüllung der vertragmäßigen Pflichten die Einstellung der Arbeit, aber auch die vorhergehenden Besprechungen zum Zwecke der Arbeitseinstellung, sowie die diesbezügliche Vereinbarung, Organisation und die Unterstützung für den Fall der Arbeitseinstellung gestatten. Wir müssen nur darauf achten, daß die Arbeitseinstellung nicht die Rechte anderer schädige (Zustimmung), weder die rechtmäßigen Interessen, die persönliche und vermögensrechtliche Sicherheit der Arbeitgeber, noch die der arbeitswilligen Arbeiter. (So ist's! Lebhafteste Zustimmung.) Bei einer solchen Lösung der Probleme glaube ich, daß wir einen Schritt vorwärts tun zu jenen, wie ich annehme, aus allen vorschwebenden Ziele, daß die Gewerkschaften tatsächlich werden, was sie sein sollen: die autonomen Organisationen der Arbeiter für das möglichst größte Gebiet der wirtschaftlichen und geistigen Interessen, die dem Arbeiter am nächsten stehen, autonome Organisationen, die die große Macht, die in unserer Zeit in der Hand der industriellen Arbeiterklasse liegt, bedacht, zielbewußt, gut organisiert und bei gehöriger Verantwortung üben. (Zustimmung.) Ich glaube, daß ist ein Interesse der Arbeiterklasse und auch ein Interesse der ganzen nationalen Gesellschaft, denn damit, daß die wirtschaftlichen Kämpfe der Führung geübter Hände anvertraut werden, wird auch die Zahl der Streiks, die ohne Notwendigkeit, Grund und Ziel ausbrechen, sinken. Andererseits aber wird so jene große Schule der Selbstverwaltung geschaffen, durch die die zur Leitung ihrer eigenen Angelegenheiten und der Angelegenheiten des Vaterlandes selbstbewußt fähige ungarische Arbeiter-